

Schwierige Suche nach einem Weg

Fraktionen wollen sich auf gemeinsames Papier verständigen / Rat bezieht am 17. September Stellung

-ws- LIENEN. Der Umwelt-, Planungs- und Bauausschuss lässt dem Rat den Vortritt. Zur Regionalplan-Änderung und damit zur Erweiterung der Kalkabgrabungsbereiche im Teutoburger Wald bezieht das Kommunalparlament am 17. September Position.

Im Haus des Gastes fragen am Montagabend Ausschussmitglieder Informationen ab. Wohin die Reise gehen soll, das können die gut 50 Zuhörer (noch) nicht erkennen. Auf dem Tisch liegt – wie schon zur Bürgerversammlung – eine von der Verwaltung ausgearbeitete Stellungnahme, ergänzt um Anregungen von Bürgern. Jetzt, im politischen Verfahren, sind weitere Modifizierungen zu erwarten.

»Ich wünsche mir eine breite Mehrheit für die Stellungnahme. Das ist unsere politische Verantwortung.«

Bürgermeister Martin Hellwig

„Ich wünsche mir eine breite Mehrheit für die Stellungnahme. Das ist unsere politische Verantwortung“, sagt Dr. Martin Hellwig in seinem Statement. Der Bürgermeister weist erneut darauf hin, dass das Papier der Gemeinde von der Bezirksregierung in Münster „sehr, sehr ernst genommen wird.“ Aber: „Wir entscheiden nicht.“

Der 40-Jährige blickt in die Geschichte. Er, der 1997 bei der Kompromiss-Entscheidung für eine Abgrabungserweiterung noch gar nicht im Amt gewesen ist, hat mit seinem Vorgänger Horst Muken und Kommunalpolitikern gesprochen und glaubt den damaligen Tenor erkannt zu haben: „Es

sollte doch eigentlich Schluss sein.“

Der seinerzeit geforderte „Runde Tisch“ mit Blick auf ein Auslaufen des Gesteinsabbaus und zur Kompensation der Arbeitsplätze ist nie zustande gekommen. Martin Hellwig: „Bis heute ist nichts passiert.“ Sein Vorgänger Horst Muken hat Ende der 90er Jahre immer wieder den Runden Tisch eingefordert. Erfolglos. Seit 2000 findet sich in den Akten nichts mehr.

Weil der „Runde Tisch“ nie getagt hat und aus wirtschaftlichen und sozialen Erwägungen will der Bürgermeister der Kalk- und Zementindustrie weitere Untersuchungen ermöglichen. Gegner der Kalkabgrabung bittet der Bürgermeister zu respektieren, dass er auch andere Interessen zu berücksichtigen habe und wirbt gleichzeitig für das Kompromiss-Papier. Im Kern ließe das für Calcis eine weitere Abgrabung von 14 Hektar Wald zu. Bis 2017 ist für das Lienener Unternehmen die Rohstoffversorgung vor Ort gesichert.

Uwe Lütkeschümer weist darauf hin, dass der heutige Calcis-Steinbruch schon 26 Hektar groß ist. Der CDU-Fraktionsvorsitzende möchte die renaturierten Flächen nicht abgeschottet wissen: „Ich erwarte, dass das Gebiet in der Mitte überschreitbar ist“ Übersetzt heißt das: Ein Wanderweg soll durch den Steinbruch führen.

Fritz Dellbrügge („Wir werden nicht Nein oder Ja sagen können“) möchte im Falle eines Zugestehens von weiteren 14 Hektar das restliche Areal als FFH-Gebiet ausgewiesen wissen. „Wir müssen einfach konsequent sein“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende. Das restliche Gebiet müsse dann wirklich unantastbar bleiben.

Georg Kubitz sieht sich



Die Zuschauer verfolgen im Haus des Gastes gespannt die Debatte um die Regionalplan-Änderung. Der Bauausschuss gibt keine Empfehlung ab. Die Stellungnahme verabschiedet der Rat am 17. September.

Foto: Wilhelm Schmitte

nicht nur in der Mitverantwortung für die Calcis-Mitarbeiter, sondern auch in der Verantwortung für die Menschen in Lienen. Der Sprecher vom Bündnis für Ökologie und Demokratie: „Wenn ein Kompromiss kommt, dann muss darin das Ende des Abbaus sichtbar werden.“ Eine Zustimmung seiner Fraktion zu einer zusätzlichen Erweiterung kann er sich kaum vorstellen.

Für Carsten Antrup (FDP) ist die Situation „unbefriedigend“. Er möchte sicherstellen, dass die Lienener Anregungen „zwingend umgesetzt werden“.

Von der Verwaltung trägt Günter Glose (Fachbereichsleiter Bauen und Planen) die Stellungnahme, ergänzt um Anregungen aus der Bürgerversammlung vor. Jetzt geht das Thema in die interfraktionelle Runde und die Fraktionen zur weiteren Beratung.

Es ist die schwierige Suche nach einem gangbaren Weg – zwischen Zugeständnissen und einem strikten Nein. Die Verwaltung soll eine Karte mit Höhenlinien und unproblematischen Bereichen (zwischen Brenenkopp und Schoppenplacken) erstellen. Darauf könnte die Stellungnahme fußen.

Die Stellungnahme zu Lienen und Lengerich im WN-Internet-auftritt

Einen Bürgerentscheid gibt es nicht

Einen umfangreichen Fragenkatalog zur Regionalplanänderung, der zwei DIN A 4-Seiten umfasst, überreicht während der Bürgerfragestunde Karin Baum dem Bürgermeister. Es geht um Umstrukturierung, Bürgerbeteiligung, Transport auf der Straße oder Kostenberechnungen.

Martin Hellwig bietet der Fragestellerin ein persönliches Gespräch an. Alfred Gintaut, einst ehrenamtlicher Bürgermeister in Lienen, will wissen, ob die mit 236 Metern Meter höchste Erhebung des Münsterlandes, der Westerbecker Berg, in Mitleidenschaft gezogen wird.

Das verneint der Bürgermeister. Eine Frage aus den Reihen der Zuhörer gilt an diesem Abend einem Referendum, also einem Bürgerentscheid, zur Regionalplanänderung. „Das ist nicht möglich“, antwortet Martin Hellwig. Die Gesetzeslage sei eindeutig. | -ws-